



Bulgaren fordern echten Wandel

Bulgaria demands genuine change

-> 03

Deutschlands kontroverse Rolle in der Krise

Germany's controversial role in the crisis



-> 03

bpb:

Interview über die Presseschau euro|topics

Interview on the press review euro|topics -> 04

30 Länder – 300 Medien – 1 Presseschau
30 Countries – 300 Media – 1 Press Review
www.eurotopics.net

Oktober 2013

euro|topics

Eine Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung
A publication of the Federal Agency for Civic Education

Streit über Syrien-Einsatz

Row over Syria intervention

Nach Berichten über einen Giftgasangriff bei Damaskus bauen die USA Ende August 2013 eine militärische Drohkulisse gegen das Assad-Regime auf. Die Presse diskutiert, was eine Intervention im syrischen Bürgerkrieg bewirken könnte.

Intervention wäre Unterstützung des Terrors

US-Präsident Obama steckt im Fall Syrien tief in der Zwickmühle, urteilt die wirtschaftsliberale slowakische Tageszeitung *Hospodárske noviny* vom 26.08.13: „Man kann nicht mit taktvollem Schweigen übergehen, wenn jemand in Syrien chemische Waffen einsetzt. Fraglich ist aber, wer sie einsetzte. Auch wenn westliche Politiker seit Beginn des sogenannten Arabischen Frühlings gern davon sprechen: Es geht nicht um einen Kampf zwischen einem diktatorischen Bösen und einem demokratischen Guten. Es geht um einen Machtkampf zwischen radikalen Islamisten und säkularen Diktaturen. Der wirkliche Feind der USA sind die islamistischen Fanatiker, die Obama in Syrien indirekt unterstützt. Ein militärisches Eingreifen in Syrien wäre ein Krieg zugunsten des Terrors.“

Westen muss syrischen Flüchtlingen helfen

Die linksliberale niederländische Tageszeitung *De Volkskrant* meint am 04.09.13, es sei „das Wichtigste, dass die westlichen Länder, mehr Geld in Syriens Nachbarländer schicken, um zu verhindern, dass diese unter der Last des Flüchtlingsstroms zusammenbrechen. Befürworter einer Militärintervention in Syrien werfen den westlichen Ländern vor, dass sie ihrer Pflicht nicht nachkommen, die syrischen Bürger gegen das Regime von Präsident Assad zu schützen. Ob ein militärisches Eingreifen in den Krieg die richtige Antwort ist, ist sehr fraglich. Aber es steht fest, dass die westlichen Länder die Pflicht haben, den geflüchteten Syrern zu helfen.“

Kehtwende im Syrien-Konflikt möglich

Russlands Forderung, die syrischen Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen, könnte Bewegung in die festgefahrene Situation bringen, analysiert die konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10.09.13: „Natürlich wird Amerika mit dem Risiko rechnen, dass Assad nur ei-



Der Bürgerkrieg in Syrien. Eines von zahlreichen Themen der Online-Presseschau / Syrian Civil War. Only one of many topics of the online press review

nen Bluff versucht. Obama steht vor dem Problem, seine zweifelnden Landsleute, vor allem aber einen widerspenstigen Kongress vom Sinn eines militärischen Angriffs überzeugen zu müssen. Putin wiederum könnte der Vorschlag vom Ruf des Neinsagers befreien, der nur einen Massenmörder deckt – über Nacht stünde er auf einmal als Syrien-Vermittler da. Und dem Westen insgesamt bliebe das Dilemma erspart, in einen Bürgerkrieg eingreifen zu müssen, aus dem er sich eigentlich heraushalten wollte.“

Win-Win für Washington und Moskau

Von der diplomatischen Wende im Syrien-Konflikt profitieren sowohl Obama als auch Putin, glaubt die linksliberale belgische Tageszeitung *De Morgen* vom 13.09.13, nach der Erklärung Syriens, der UN-Che-

miewaffenkonvention beitreten zu wollen: „Nach außen erscheint Putin als Sieger, doch in der geopolitischen Realität ist es für beide eine Win-Win-Situation. Obama bekommt seinen Willen – zumindest wenn die Übergabe der chemischen Waffen einigermaßen ordentlich verläuft –, ohne dass er militärische Mittel einsetzen muss. Putin wiederum kann man nicht länger in die Ecke des machtlosen ehemaligen Feindes stellen, sondern er hat nun einen Hebel, um dafür etwas von den USA zu bekommen, und kann so seine eigene Machtposition stärken.“

www.eurotopics.net/de/home/debatten/links-2013-08-syrien-intervention/



After reports of a poison gas attack near Damascus, the US built up a military threat against the Assad regime at the end of August 2013. The press discusses what an intervention in the Syrian civil war could accomplish.

Intervention in Syria would support terror

US President Obama is in a tight spot over Syria, the liberal Slovak business paper *Hospodárske noviny* comments on 26/8/13: “You can’t just react to chemical weapons attacks in Syria with a tactful silence. However it’s not clear exactly who used those weapons. Even if since the beginning of the so-called Arab Spring Western politicians have tried to cast things in this light: this is not a fight between an evil dictatorship and a good democratic movement. It’s a power struggle between radical Islamists and sec-

ular dictators. The US’s real enemies are the Islamist fanatics whom Obama is indirectly supporting in Syria. A military intervention in Syria would be a war in support of terror.”

West must help Syrian refugees

The left-liberal Dutch daily *De Volkskrant* urges on 4/9/13: “The key thing is that the Western countries, including the Netherlands, send more money to Syria’s neighbours to prevent them from collapsing under the flood of refugees. Advocates of military intervention in Syria accuse the Western countries of failing to fulfil their duty to protect the Syrian population from the Assad regime. Whether a military intervention in the war is the right answer is highly questionable. What is clear, however, is that the Western countries are duty-bound to help the Syrians who’ve fled their country.”

Turnaround in the Syria conflict possible

The Russian initiative to place Syria’s chemical weapons under international control could bring movement into the deadlocked situation, the conservative German daily *Frankfurter Allgemeine Zeitung* published on 10/9/13 writes: “Of course America will be trying to assess if Assad is just bluffing. Obama faces the problem of having to convince a dubious population – and above all a hostile Congress – of the sense of a military attack. For Putin, by contrast, the proposal could mean the end of him being cast in the role of the nay-sayer who stubbornly protects a mass murderer. Overnight he would become a mediator in the Syria conflict. And the West in general would be spared the dilemma of having to intervene in a civil war that in fact it wanted to stay out of.”

Win-win situation for Washington and Moscow

Both Obama and Putin stand to gain from the diplomatic turn in the Syria conflict, the left-liberal Belgian daily *De Morgen* notes on 13/9/13, after Syria has applied to join the UN Chemical Weapons Convention: “From outside Putin comes across as the winner, but in the geopolitical reality it’s a win-win situation for both parties. Obama gets what he wants – at least if the chemical weapons are handed over in a relatively orderly way – without having to use military means. ... Putin, by contrast, can no longer be relegated to the sidelines as a powerless former enemy but now has a lever with which he can get something from the Americans in return and strengthen his position of power.”

www.eurotopics.net/en/home/debatten/links-2013-08-syrien-intervention/



Empörung über globale Spionage

Outrage over global spying

Spähprogramme der USA und Großbritannien rufen im Sommer 2013 europaweite Empörung hervor. Der Whistleblower Edward Snowden hat zuvor die Bespitzelung von Bürgern und Institutionen aufgedeckt. Kommentatoren fragen, wie viel Überwachung ein Rechtsstaat verträgt.

Edward Snowden ist ein Held

Der Prism-Whistleblower Edward Snowden ist ein neuer Held vom Kaliber des Wi-

kileaks-Informanten Bradley Manning, meint die liberale Tageszeitung *Le Temps* aus der Schweiz vom 11.06.13: „Die Geheimdienste haben sich verändert. Ihre Arbeit beschränkt sich nicht länger darauf, sich gezielt Daten zu beschaffen, sondern sie sammeln mit Hilfe des Internets automatisch enorme Mengen an Information über jedermanns Leben. Gott sei Dank hat auch dieser Leviathan eine Achillesferse. Leute wie Manning oder Snowden, die, wie ein Geheimdienstspezialist ernüchtert sagte, ‚glauben, dass sie ein moralisches Urteil über das Verhalten des Staats fällen dür-

fen, dem sie dienen‘. Das ist momentan die beste Garantie, um den Alptraum eines digitalen Big Brother zu verhindern.“

Ausspionieren von Freunden völlig normal

Die Empörung in Europa über die Abhörpraktiken der US-Geheimdienste ist unbegründet, meint die konservative britische Wirtschaftszeitung *Financial Times* vom 01.07.13: „Berichte über das angebliche Verwanzen von Bürogebäuden der EU und anderer westlicher Alliierten durch die USA sollten niemanden schockieren. Es ist seit Jahrtausenden Praxis, dass Länder ihre Freunde ausspionieren. Europas Entrüstung über die jüngsten Enthüllungen des früheren NSA-Mitarbeiters

>> weiter Seite 2



Protestaktion gegen die Verfolgung von Edward Snowden / Protest against the prosecution of Edward Snowden

Über euro|topics

Ob Politik, Wirtschaft, Gesellschaft oder Kultur: Vielfalt und Einheit prägen Europas Schlagzeilen genauso wie den Kontinent selbst. Die Presseschau eurotopics.net zeigt, welche Themen Europa bewegen, und spiegelt die Vielfalt an Meinungen, Ideen und Stimmungen wider. Seit Dezember 2005 zitiert das Informationsangebot der bpb montags bis freitags online die wichtigsten Kommentare, Essays und Reflexionen aus mehr als 300 Medien in mittlerweile 30 europäischen Ländern.

Dabei erklären kurze Einleitungen den aktuellen Stand der Debatte, einen Klick weiter gelangt man auf den zitierten Originaltext. Neben den tagesaktuellen Informationen verfügt das Angebot über ein umfassendes und stetig wachsendes Archiv aus mittlerweile rund 31.000 Beiträgen. Ein mehr als 300 Zeitungen, Magazine und Blogs umfassender Medienindex und der ausführliche Autorenindex helfen bei der Suche nach europäischen Denkern und Debatten.

www.eurotopics.net

About euro|topics

Whether it's politics, the economy, society or culture: diversity and unity are as much a part of Europe's headlines as they are of the continent itself. The eurotopics.net press review spotlights the issues that move Europe, reflecting the wide range of opinions, ideas and moods. Monday to Friday since December 2005, the bpb's online review has been quoting the most important commentaries, essays and reflections from more than 300 media in now 30 European countries.

Short introductions explain the current state of the debate, and the original text is just a click away. Above and beyond the daily press review, the site provides a comprehensive and continually expanding archive now with roughly 31,000 entries. A media index with more than 300 newspapers, magazines and blogs and a detailed author index help users in their search for European thinkers and debates.

www.eurotopics.net

Eine Auswahl der Medien, die wir täglich lesen:

A selection of the media that we read every day:



De Standaard, Le Soir (Belgium) – Trud (Bulgaria) – Berlingske (Denmark) – Süddeutsche Zeitung (Germany) – Õhtuleht (Estonia) – Helsingin Sanomat (Finland) – Le Figaro (France) – Ta Nea (Greece) – The Times (United Kingdom) – Irish Independent (Ireland) – Avvenire (Italy) – Večernji list (Croatia) – Latvijas Avīze (Latvia) – Lietuvos rytas (Lithuania) – Luxemburger Wort, Le Quotidien (Luxembourg) – Times of Malta (Malta) – De Telegraaf (Netherlands) – Kurier (Austria) – Gazeta Wyborcza (Poland) – Jornal de Notícias (Portugal) – Adevărul (Romania) – Aftonbladet (Sweden) – Tages-Anzeiger, Le Temps, Corriere del Ticino (Switzerland) – Sme (Slovakia) – Delo (Slovenia) – El País (Spain) – Mladá fronta Dnes (Czech Republic) – Zaman (Turkey) – Népszabadság (Hungary) – Phileleftheros (Cyprus)

Edward Snowden ist unangebracht. Es gibt viele Beispiele in der jüngeren Geschichte, die zeigen, dass Spionage, die sich gegen Verbündete richtet, gängige Praxis ist.“

Opfer der paranoiden USA

Im Prism-Skandal offenbart sich die von Terrorangst hervorgerufene Paranoia der USA, analysiert die liberale italienische Wirtschaftszeitung *Il Sole 24 Ore* am 26.08.2013: „Die USA scheinen immer mehr geneigt, die Formel des Ausnahmezustands anzuwenden. Und der ist ein Produkt realer oder induzierter Ängste, die zur Annahme verleiten, die von der Verfassung garantierten Regeln und Rechte könnten aufgehoben werden. Sicherheit verkommt zu einem regierungsbehördlichen Industriearrangement, das nicht beschützt, was tatsächlich gefährdet ist.“

Ulrich Beck über die globale digitale Gefahr

Der Soziologe Ulrich Beck schreibt in der linksliberalen spanischen Tageszeitung *El País* vom 30.08.13: „Mit dem Skandal um das Abhörprogramm Prism hat ein neues Kapitel in der Geschichte der globalen Risikogesellschaft begonnen. Jetzt kommt das globale digitale Risiko hinzu, das unsere Freiheit bedroht. Gesucht wird ein mächtiger

Akteur, der ein wahres Interesse daran hat, ein öffentliches Bewusstsein für dieses Risiko zu schaffen, um so politische Aktionen zu bewirken. Es gibt auf internationaler Ebene keinen Akteur, der in der Lage wäre, diesen Risiken zu begegnen.“

www.eurotopics.net/de/home/debatten/links-2013-06-prism/



US and British spying programmes sparked a wave of outrage across Europe in summer 2013 after the whistleblower Edward Snowden uncovered spying programmes targeting citizens and institutions. Commentators ask how much surveillance a constitutional state can bear.

Edward Snowden a hero

The Prism whistleblower Edward Snowden is a new hero comparable to Wikileaks informer Bradley Manning, the liberal daily *Le Temps* from Switzerland writes on 11/6/13: "Intelligence gathering has changed in nature. It's no longer limited to collecting targeted data, it automatically collects huge

reams of information on everyone's lives by means of the Internet. Luckily this Leviathan also has its Achilles's heel. People like Manning and Snowden, who, in the jaded expression of an intelligence specialist, 'believe they are authorised to bear a moral judgement on the behaviour of the state they work for'. For the time being, this is the best guarantee that the nightmare of an electronic Big Brother can be avoided."

Spying on friends is business as usual

The outrage in Europe over the surveillance practices of the US intelligence services is unjustified, the conservative British business daily *Financial Times* writes on 1/7/13: "Suggestions that the US has been bugging offices of the EU and other western allies should shock no one. Countries have been spying on friends for millennia. Europe's public outrage over the latest revelations from Edward Snowden, the former National Security Agency contractor, is misplaced. There are plenty of examples in recent history to show that espionage targeted at allies is nothing more nor less than business as usual."

Victims of US's paranoia

The Prism scandal reveals the US's paranoia regarding terrorist attacks, the liberal Italian business daily *Il Sole 24 Ore* believes

on 26/08/13: "The US seems to be more and more inclined to apply the emergency situation formula. And this is the product of real or induced fears that lead it to believe that the regulations and rights guaranteed in the constitution can be revoked. Security is degenerating into a governmental industrial apparatus that doesn't protect what is really in danger. It serves other purposes in a control system that functions in the dark while preaching transparency."

Ulrich Beck on the global digital risks

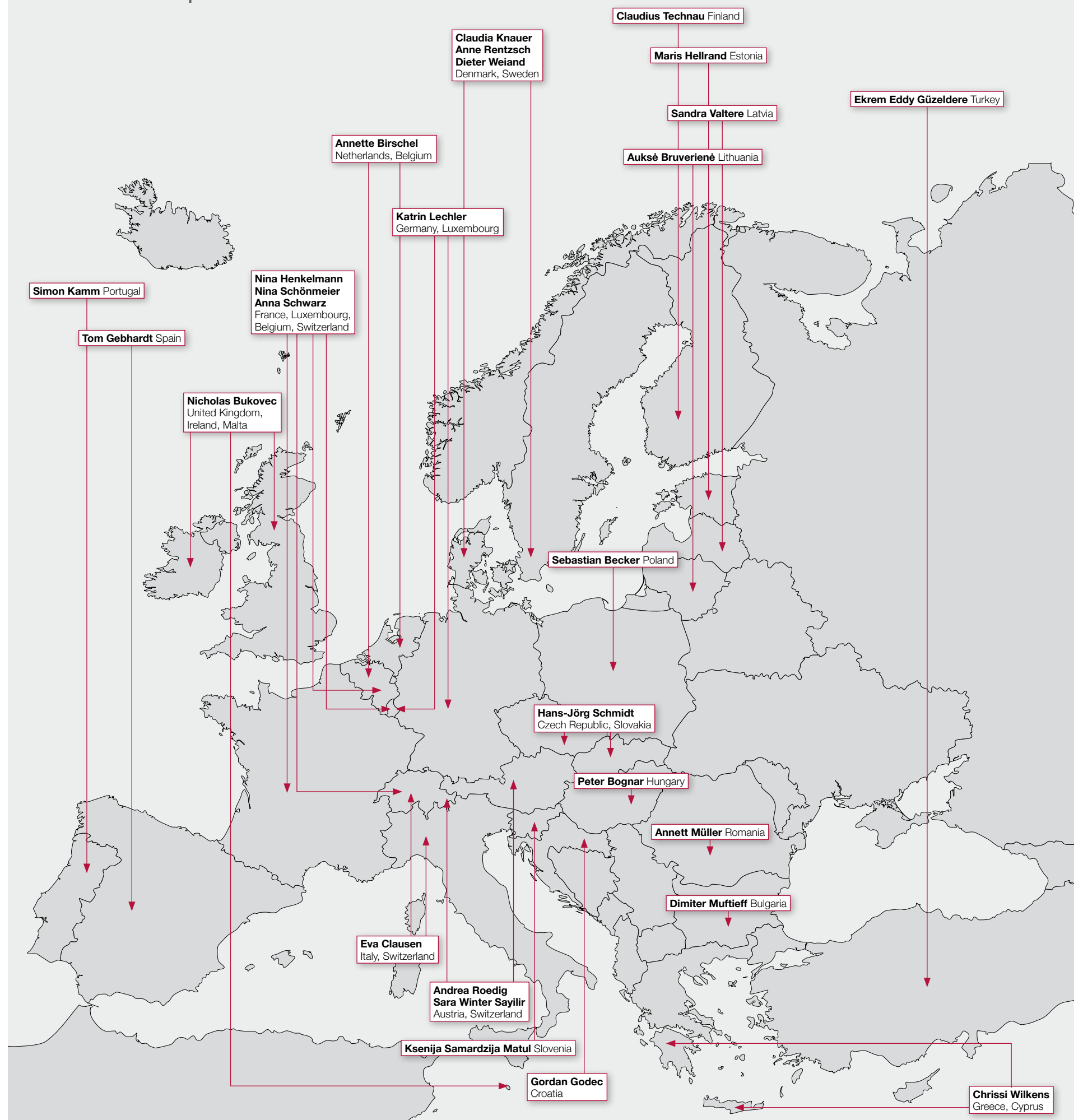
Sociologist Ulrich Beck observes in the left-liberal Spanish daily *El País* on 30/08/13 that "the scandal over the prism surveillance programme has opened up a new chapter in the history of the global risk society. Now we have the global digital risk, which threatens our freedom. What we need is a powerful player with a genuine interest in raising public awareness of this risk and who will push for political action. There is no player on an international level who is in a position to confront it."

www.eurotopics.net/en/home/debatten/links-2013-06-prism/



Unsere Korrespondentinnen und Korrespondenten

Our correspondents



Bulgaren fordern echten Wandel

Bulgaria demands genuine change



● Bulgaren demonstrieren gegen die Regierung / Bulgarians rally against government

Das bulgarische Parlament ernennt im Juni 2013 einen äußerst umstrittenen Abgeordneten und Medienoligarchen zum Geheimdienstchef und löst damit Massenproteste aus.

Die bulgarische Wochenzeitung *Kapital* vom 14.06.13 ist äußerst besorgt: „Zum ersten Mal seit dem Beginn der Transformation kehren wir, was Recht und Freiheit angeht, zur Situation von 1989 zurück. Medien, Ermittlungsbehörden, Geheimdienste und Justiz sind wieder in einer Hand. Der neuen Regierung aus Sozialisten und Türkenpartei ist ein Staatsstreich mit ‚demokratischen Mitteln‘ gelungen. Die Schicksalsfrage lautet nun: Werden wir der EU und ihren demokratischen Werten und Standards folgen oder werden wir uns von der Oligarchie in ihrer schrecklichsten Ausformung berauben lassen? Werden wir zulassen, dass sie uns in die Vergangenheit zurückschleudert und uns von unserem demokratischen Weg abbringt, auf dem wir doch einiges erreicht haben?“

Auch nach drei Wochen Massenprotesten gegen die gerade erst eingesetzte Regierung unter dem Sozialisten Plamen Oreschanski findet der „Bulgarische Frühling“ in den internationalen Medien kaum Beachtung, klagt die bulgarische Tageszeitung *Dnevnik* am 04.07.13 und erklärt sich das so: „Um die Aufmerksamkeit der ausländischen Medien auf sich zu ziehen, müsste die Situation in Bulgarien mehr einem Hollywood-Drehbuch entsprechen. Das Gute kämpft gegen das Böse, ein paar unschuldige Opfer müssen dran glauben und am Ende gewinnt das Gute. Gefragt ist ein Drama, das wir leider nicht liefern können. Unser Drehbuch ist zu langweilig. Die Lage in Bulgarien ist zu unübersichtlich und verworren. Und aus komplizierten Situationen lassen sich nun mal keine spannenden Nachrichtenstorys machen.“

www.eurotopics.net/de/home/debatten/links-2013-07-bulgarienwandel/



The Bulgarian parliament appoints a highly controversial MP as chief of intelligence services in June 2013, triggering mass protests.

The Bulgarian weekly *Kapital* is very concerned on 14/6/13: "For the first time since the beginning of the transformation we are returning to the kind of situation we had in 1989 as far as rights and freedom are concerned. The media, intelligence authorities, secret services and judiciary are all focussed in the same hands. The new government made up of the Socialists and the Turkish party has managed to stage a coup using 'democratic instruments'. ... The key question now is: will we copy the EU and its democratic values and standards or will we allow ourselves to be robbed by the oligarchy in its worst incarnation? Will we permit it to catapult us back into the past and take us off the path of democracy, on which we have achieved some important things?"

For the past twenty days, tens of thousands of people have been protesting against Bulgaria's new government under the Socialist Plamen Oreshanski. But the international media have remained largely silent on the "Bulgarian Spring", the daily *Dnevnik* criticizes on 4/7/13, offering the following explanation: "To attract the attention of foreign media the situation in Bulgaria would have to be more like a Hollywood screenplay. Good fights against evil, a couple of innocent victims believe in the cause and in the end good wins out. What people want is drama of the sort we're unable to provide. Our screenplay is too boring. Bulgaria doesn't have what it takes to be a media blockbuster. On the one hand because our elites are despicable hypocrites, and on the other because the protests have too many different sides. The situation in Bulgaria is too confusing, too obscure. And complicated situations don't make thrilling news stories."

www.eurotopics.net/en/home/debatten/links-2013-07-bulgarienwandel/



Deutschlands kontroverse Rolle in der Krise

Germany's controversial role in the crisis

In Europas Krisenstaaten wachsen seit Jahren die Wut über „Spardiktate“ und die Angst vor einer Hegemonie Deutschlands. Ist Deutschland machthungriger Krisenprofiteur oder Vorbild und Euro-Retter?

Giorgos Malouchos über Deutschlands Herrschaft in Griechenland

Der Kolumnist Giorgos Malouchos nimmt in der linksliberalen griechischen Online-Zeitung *To Vima* vom 03.04.13 Griechenland als Beispiel dafür, wie Deutschland heutzutage auch ohne Waffengewalt anderen Staaten seinen Willen aufzwingen kann: „In Wirklichkeit hat Griechenland keine eigene Regierung, denn unsere Regierung hat nicht die Macht, auch nur die geringste relevante Entscheidung zu treffen. Stattdessen agiert sie als informelle ‚Deutsche Partei‘. Unsere drei Koalitionsparteien haben sich für einen De-facto-Status eines deutschen Protektorats entschieden. Sie nehmen Befehle aus Deutschland entgegen, hinterfragen sie nicht und führen sie aus. Als Rettung verkaufen sie eine immer größere Katastrophe.“

Deutsches Spardiktat terrorisiert Schuldenstaaten

Deutschland besorgt sich im Mai 2012 frisches Kapital, ohne dafür Zinsen zu zahlen. Dass sich die Mächtigen der EU weiterhin so solch günstigen Konditionen finanzieren können, zeigt, wie krank Europa ist, klagt die liberal-konservative portugiesische Tageszeitung *Diário de Notícias* vom 25.05.12: „Diese Situation ist auch deshalb skandalös, weil die terroristische Wirtschaftspolitik von Deutschland die Hauptursache für die Panik an den Märkten ist. Der erzielte Effektivzins ist kein Verdienst der deutschen Wirtschaft, sondern vielmehr das Ergebnis einer unbeugsamen Politik, die Berlin der Euro-Zone via Spardiktat aufzwingt. Unser Premier sprach sich gegen Euro-Bonds aus und stellte sich somit auf die Seite Deutschlands – und gegen die Meinung anderer krisengeschüttelter Länder. Diese Unterwürfigkeit ist unmoralisch und verstößt gegen nationale Interessen. Er wurde gewählt, um unsere Interessen zu vertreten und nicht, um sich so zu verhalten, als sei Portugal die westlichste Provinz Preußens.“

Derek Scally über Deutschlands Nachgiebigkeit

Deutschland wird von vielen vorgeworfen, mit Hilfe strenger Sparvorgaben für Krisenstaaten eine neue Vormachtstellung in Europa erreichen zu wollen. Kolumnist Derek Scally verwirft diese These in der linksliberalen *Irish Times* vom 05.05.13: „Wer das Argument der deutschen Hegemonie vorbringt, übersieht leicht, wie oft Berlin schon nachgegeben hat. Die ursprüngliche Ablehnung von Rettungsaktionen ist einer Hilfe

unter bestimmten Bedingungen gewichen. Später folgte die Einigung, dass öffentliche Schulden nicht mehr an private gekoppelt und Banken aus dem ESM-Rettungsfonds rekapitalisiert werden dürfen. Die These der deutschen Hegemonie übersieht außerdem, dass Berlin in der Krise in unterschiedlichem Ausmaß Unterstützung von Finnland, den Niederlanden und Österreich erhält.“

Pierre Veya lobt Berlins Pragmatismus

Der deutsche Pragmatismus hat die Euro-Zone vor einer noch schwereren Krise bewahrt, analysiert der Schweizer Journalist Pierre Veya in der linksliberalen französischen Tageszeitung *Libération* vom 09.09.13: „Das Deutschland von 2013, das bald an die Urnen geht, dominiert allein durch sein wirtschaftliches Gewicht seine europäischen Partner wie wohl noch nie in der Nachkriegszeit. Berlin hat ihnen seine Strategie bei der Rettung der Südländer aufgezwungen, die Verankerung einer Schuldenbremse in der nationalen Gesetzgebung forciert und der EZB Praktiken gestattet, die der offiziellen deutschen Doktrin zuwiderlaufen. Die Hilfe Deutschlands für Europa ist ehrlich und in vielerlei Hinsicht exemplarisch. Durch seinen Pragmatismus konnten gravierende Krisen vermieden werden.“

www.eurotopics.net/de/home/debatten/linkliste-2013-04-deutschland-rolle/



For years anger at “austerity dictates” and fear over German hegemony have been growing in Europe’s crisis states. Is Germany a power-hungry crisis profiteer or a model and saviour of the euro?

Giorgos Malouchos on Germany’s tyranny in Greece

In the left-liberal Greek online news portal *To Vima* on 3/4/13 columnist Giorgos Malouchos points to Greece as an example of how Germany is now in a position to impose its will on other countries without using the force of arms: "In reality Greece doesn't have its own government, because our government lacks the power to take even the least relevant decision. Instead it acts like an informal 'German party' within the country. Our three coalition parties have effectively opted for the status of a German protectorate. They unquestioningly take orders from Germany and execute them. A disaster of growing proportions is being sold to us as our salvation."

German austerity terrorising debtor states

In May 2012 Germany secures fresh capital without having to pay any interest for it.

That the heavyweights in the EU can continue to borrow on such conditions shows how sick Europe is, writes the Portuguese daily *Diário de Notícias* on 25/5/12: "The situation is also scandalous because Germany's terrorist economic policy is the main reason for the panic on the markets. The effective interest rate achieved is not thanks to Germany's economy but the result of an unbending policy that Berlin is foisting on the Eurozone with its austerity dictates. A situation in which crime pays off for Germany, at least as long as the Eurozone doesn't implode. Our prime minister spoke out against euro bonds, thereby taking sides with Germany – and against the opinions of other crisis-stricken countries. This submissiveness is immoral and goes against our national interests. He was elected to serve our interests, not to behave as if Portugal was the westernmost province of Prussia."

Derek Scally on Germany’s willingness to compromise

Germany has been accused by many of aspiring to gain a new position of dominance in Europe with the aid of stringent austerity dictates. Columnist Derek Scally rejects this theory in the left-liberal *Irish Times* on 5/5/13: "The German hegemony argument tends to overlook how much ground Berlin has already conceded. Initial Berlin resistance to bailouts gave way to conditional aid and then agreement to break the link between sovereign and private debt and to allowing bank recapitalisations from the ESM bailout fund. The idea of German hegemony overlooks how Berlin enjoys varying levels of support in the crisis from Finland, the Netherlands and Austria."

Pierre Veya praises Berlin’s pragmatism

German pragmatism has preserved the Eurozone from an even worse crisis, comments Swiss journalist Pierre Veya the left-liberal French daily *Libération* on 9/9/13: "Germany will soon go to the polls. With its economic clout alone it dominates its European partners, perhaps more than it has ever done in the post-war era. Berlin has forced on them its strategy for bailing out the Mediterranean countries, forced the adoption of a debt brake in national legislations and authorised the ECB to pursue practices that run counter to official German doctrine. But its support for Europe is sincere and in many regards exemplary. Its pragmatism has enabled Europe to steer clear of severe crises."

www.eurotopics.net/en/home/debatten/linkliste-2013-04-deutschland-rolle/



Lokale Farben Local Colours

Unsere Korrespondenten verfolgen nicht nur die wichtigsten Debatten. Sie haben auch einen Blick für die kleinen, mal typischen, mal skurrilen Themen, die die Menschen in ihrem Land beschäftigen. Wir präsentieren diese Themen in unserer Rubrik „Lokale Farben“.

Our correspondents not only cover the most important debates. They also have an eye for the smaller, at times typical and at times whimsical themes that occupy the people in their countries. We present these topics under our heading "Local Colours".

Dänische Frauen sind Raubtiere auf Männerjagd

In Dänemark läuft die Anmache in Kneipen andersherum: Dort baggern die Frauen die Männer an, und das auch noch hemmungslos draufgängerisch, schildert die Publizistin Zsófia Iványi am 13.08.13 verblüfft in der linksliberalen ungarischen



Wochenzeitung *Magyar Narancs*: „Ich habe selbst gesehen, wie junge Mädchen im Alter von 15 oder 16 Jahren in Vergnügungslokalen zu aufreizenden Raubtieren geworden sind, um junge Männer zu erbeuten. Und ich habe auch gesehen, wie einzelne Burschen ob dieses zielstrebigem, unromantischen Vorgehens die Hosen voll hatten. Vielleicht hat dies mit der fortgeschrittenen Emanzipation zu tun, auf jeden Fall haben sich in Dänemark die Geschlechterrollen vertauscht: Während die Mädchen die Initiative ergreifen, sitzen die Männer nur da und nippen phlegmatisch an ihren Bieren. Und obendrein reagieren die Frauen auch noch ungehalten, wenn sie von Männern angemacht werden.“

Danish women are predators on a manhunt

Come-ons in bars work the other way around in Denmark: there the women hit on the men and won't take no for an answer, the journalist Zsófia Iványi writes in astonishment in the left-liberal Hungarian weekly paper *Magyar Narancs* on 13/8/13: "I've seen myself how young 15- or 16-year-old girls turn into provocative beasts of prey in bars there, to get their claws on young men. And I've seen how some guys have just had enough of this single-minded, unromantic approach. Perhaps this has to do with the advanced state of emancipation, but in any event the gender roles have been reversed in Denmark. While the girls take the initiative, the guys just sit there and sip away phlegmatically at their beers. And on top of it all, the women get up on their high horse when they're hustled by men."

Esten sollten besser bei Tempo 90 bleiben

Der Leiter des estnischen Straßenamts schlägt im Juni 2013 vor, die Höchstgeschwindigkeit von 90 Kilometern pro Stunde auf Auto-



bahnen im Winter auf 110 und im Sommer auf 120 Kilometer pro Stunde zu erhöhen. Das estnische Boulevardblatt *Õhtuleht* warnt am 01.07.13 davor, Rasen freie Fahrt zu gewähren: „Wir sind nicht einmal in der Lage, die Straßen im Winter so zu warten, dass sie mit der gültigen Höchstgeschwindigkeit von 90 Kilometer pro Stunde sicher zu befahren sind. Schwer vorstellbar, dass man es plötzlich schafft, vierspurige Straßen so in Schuss zu halten, dass sie das Rasen mit 110 Kilometer pro Stunde erlauben. Die Mittel dafür gingen sicherlich auf Kosten von kleineren Nebenstraßen, die vom Schnee begraben würden. Völlig unklar ist auch, warum die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle in den vergangenen Jahren zurückging. Der Innenminister

hält strengere Strafen für den Grund, das Straßenamt verbindet es eher damit, dass ein Großteil der Risikogruppe jüngerer Männer das Land verlassen hat.“

Estonians better off keeping to 90 km/h

The head of the Estonian Road Administration suggested last week that speed limits on motorways should be raised from the current 90 km/h to 110 in the winter and 120 in the summer. The Estonian tabloid *Õhtuleht* warns against giving speeders free rein on 1/7/13: "We're not even able to maintain the roads in the winter is such a way that they're safe to travel at 90 km/h. It's hard to imagine that all of a sudden we'll be able to keep four-lane motorways in such good shape that drivers can speed down them at 110 km/h. The necessary funds would certainly come at the expense of smaller roads that would be buried in snow. It's also completely unclear why the number of fatal traffic accidents has dropped in recent years. The minister of the interior believes this is the result of stricter fines. For its part the Road Administration puts it down to the fact that a large part of the risk group 'young men' have now left the country."

„Die Vielfalt der europäischen Presse berücksichtigen“

“The goal is to reflect the diversity of the European press”

Interview mit Thorsten Schilling, Leiter des Fachbereichs Multimedia und Herausgeber von euro|topics

Warum ist es wichtig, über die Berichterstattung von europäischen Medien informiert zu sein?

Es ist wichtig, wenn man sich für Politik interessiert und mehr wissen will als das, was man in den eigenen nationalen Medien erfahren kann. Immer mehr politische Entscheidungen und politische Konflikte haben eine europäische Dimension. Auf der einen Seite wird in Brüssel entschieden oder Entscheidungen werden vorbereitet und beeinflusst. Auf der anderen Seite gibt es in allen Ländern Europas ähnliche Probleme oder Debatten. Wenn man sich „europäisch“ informiert, kann man ganz anders auf nationale oder regionale Debatten eingehen.

Der Slogan von euro|topics heißt: „30 Länder – 300 Medien – 1 Presseschau“. Wie funktioniert das?

Unsere europaweiten Korrespondenten sichten in den 28 EU-Ländern, der Schweiz und der Türkei täglich die nationalen Zeitungen, Blogs und Magazine und schicken ihre Artikel-Vorschläge der euro|topics-Redaktion. Die Redaktion wählt rund 15 Texte aus. Ziel ist es dabei, die Vielfalt der europäischen Presse zu berücksichtigen und wichtige sowie interessante Meinungen ausgewogen aufzunehmen. Zentrale Passagen der ausgewählten Artikel werden dann in drei Sprachen übersetzt und mit einer kurzen Einleitung in die Debatte auf eurotopics.net veröffentlicht. Dabei gibt es jeden Tag ein Top-Thema, zu dem drei bis fünf einschlägige Texte zusammengestellt werden.

Inwiefern trägt euro|topics zur Stärkung einer europäischen Öffentlichkeit bei?

Sobald politische Entscheidungen, Prozesse oder Ereignisse aus Nachbarländern heraus beobachtet und kommentiert werden, kann dies als Hinweis auf eine entstehende transnationale, europäische Öffentlichkeit gesehen werden. Mit euro|topics wollen wir aber nicht nur ein länderübergreifendes Spektrum an wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Themen behandeln, sondern auch lokale Aspekte aufgreifen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in Europa großen Schaden angerichtet. Wie spiegelt sich das in der europäischen Presse und bei euro|topics wider?

Man sieht, wie unterschiedlich die Krise diskutiert und wahrgenommen wird, sie hat sich ja auch sehr unterschiedlich in den jeweiligen Ländern manifestiert. Es wurde schnell klar, dass im Zuge der Krise und der finanziellen Probleme einzelner Staaten wie Irland oder Griechenland das ganze Projekt Europa in den Fokus rückte. Gefragt wurde, ob Europa insgesamt gefährdet sei.

Wie wird in diesem Zusammenhang die Rolle der Europäischen Union beurteilt?

Repräsentativ kann ich das nicht sagen, denn wir können immer nur Ausschnitte zeigen. Ich glaube, dass die EU am Anfang eher kritisch gesehen wurde, es aber eine leise Hoffnung gab, dass sich die europäischen Strukturen bewähren. Nun wird vielen bewusst, dass es ohne die Europäische Union noch wesentlich schwieriger geworden wäre, aus dieser Krise einigermaßen glimpflich herauszukommen. Diese Krise ist in jedem Fall ein Thema, das uns nicht loslassen wird. Hier kann eine europäische Presseschau zusätzliche Hinweise und interessante Positionen liefern.

Die Fragen stellte Theresa Kramer

Interview with Thorsten Schilling, director of the Multimedia Division and publisher of euro|topics

Why is it important to be informed about reporting in the European media?

It's important for anyone who's interested in politics and wants to know more than what they can gather from their own national media. A growing number of political decisions and conflicts have a European dimension. On the one hand decisions are taken, prepared or influenced in Brussels. On the other, all the countries of Europe have similar problems and debates. By informing yourself from a "European" perspective you can gain a very differently take on national and regional debates.

euro|topics' slogan is "30 Countries – 300 Media – 1 Press Review". How does that work?

Every day our correspondents sift through the national newspapers, blogs and mag-



● Thorsten Schilling

azines in the 28 countries of the EU, Switzerland and Turkey, and send their article suggestions to the euro|topics editors. They then select roughly 15 texts. The goal is to reflect the diversity of the European press and give a balanced coverage of both important and interesting opinions. Key passages of selected articles are then translated into three languages and published with a short leader on eurotopics.net. And every day there's a main focus, gathering three to five texts on a central issue.

How does euro|topics help to strengthen a European public sphere?

As soon as political decisions, processes and events are observed and commented on from neighbouring countries, this constitutes the emergence of a transnational European public sphere. Moreover with euro|topics we seek not only to present a cross-border spectrum of economic, political and cultural topics, but to pick up on local aspects as well.

The financial and economic crisis has done much harm in Europe. How is that reflected in the European press and euro|topics?

You can see how differently the crisis is perceived and dealt with in each state, as it's manifested itself very differently from country to country. Very quickly it became clear that with the financial problems faced by individual crisis states like Ireland or Greece, the entire European project came into focus. Commentators have

been quick to ask if Europe as a whole is in danger.

How is the role of the European Union appraised in this context?

I can't generalise because we can only provide excerpts, nevertheless I think that while the EU tended to be viewed with a rather critical eye at the outset, hopes then crystallised that Europe's structures would stand the test. Now many are aware that without the European Union it would have been considerably more difficult to emerge from this crisis relatively unscathed. In any event, the crisis is a topic that has us firmly in its grip. Here a European press review can provide additional details and compelling arguments.

Interview: Theresa Kramer



TIPP

Europa-Wissen kompakt
Das Europalexikon

Begriffe, Namen, Institutionen: der Band aus der bpb-Schriftenreihe informiert über Politik und Handel, Wirtschaft und Wahlen, Gesetze und Verordnungen, Richtlinien und Verträge, Geschichte und Währung. Die über 700 Stichwörter werden durch Karten, Tabellen und Schaubilder ergänzt.

2013, Bestell-Nr. 1362, 4,50 €

Online bestellen, weitere Publikationen und Hintergrund-Dossiers:
www.bpb.de/europa

bpb-Präsident Thomas Krüger über europäische Öffentlichkeit

President of bpb Thomas Krüger on the European public sphere



„Es ist die europäische Zivilgesellschaft, die nicht wartet, bis ihr das zukünftige Europa vorgesetzt wird. Sie organisiert europäische Debatten schon heute. Auch für die kulturelle Praxis gilt deshalb zunehmend, dass jede Hervorbringung potenziell europäisch rezipierbar wird. Mit dieser Entgrenzung, die in bester europäischer Tradition neue Freiheiten schafft, wird ein neuer Gestaltungsraum eröffnet.“

“European society isn't waiting around to be presented Europe's future on a platter. Even now it's actively engaging in European public debates. In the cultural realm as well it's increasingly the case that every event has a potentially widespread European audience. As boundaries fall and new freedoms emerge in the best European tradition, a new creative sphere is seeing the light.”



Folgen Sie uns in den sozialen Netzwerken
Follow us on the social networks:

Twitter:

@eurotopics
@eurotopics_en
@eurotopics_fr

Facebook:

facebook.com/eurotopics.de
facebook.com/eurotopics.en
facebook.com/eurotopics.fr



NECE-Conference

The EU and the promise of democracy: What can Citizenship Education and Civil Society contribute?

14–16 November 2013, The Hague (The Netherlands)

More information and pre-registration:



NECE (Networking European Citizenship Education) is an initiative for networking citizenship education in Europe. A variety of activities have been developed within its framework to encourage the organisation of contacts, co-operation and synergies in the field of citizenship education. Within the framework of NECE the Federal Agency for Civic Education co-operates regularly with European institutions active in the field of citizenship education.

www.bpb.de/nece

euro|topics-Newsletter – Wissen, was Europa denkt!

Immer auf dem neuesten Stand sein, was Europa denkt? Dann senden Sie uns eine Email mit dem Betreff „Abo eurotopics“ an eurotopics@bpb.de oder abonnieren Sie ihn online unter:

www.eurotopics.net/de/newsletterabo/



Would you like to be kept up to date on what Europe is thinking? Send us an email including the subject "subscription to euro|topics" or subscribe to the euro|topics newsletter online:

www.eurotopics.net/en/newsletterabo/



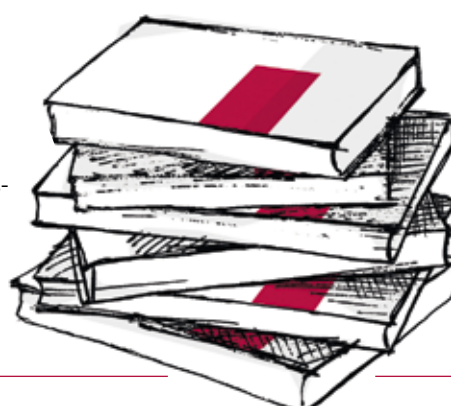
euro|topics-Gewinnspiel

10 Bücherpakete zu gewinnen

In welchen drei Sprachen erscheint euro|topics?

- A** Englisch, Deutsch, Französisch
- B** Englisch, Deutsch, Spanisch
- C** Englisch, Deutsch, Türkisch

Bitte senden Sie die richtige Antwort per E-Mail an: kommunikation@bpb.de. Unter allen richtigen Antworten verlosen wir 10 Bücherpakete. Pro Teilnehmer ist nur eine Teilnahme möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Preise können nicht bar ausbezahlt werden. Mitarbeiter der bpb sind von einer Teilnahme ausgeschlossen.



Impressum

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86
53113 Bonn
Tel +49 (0)228 99515-0
Fax +49 (0)228 99515-586
info@bpb.de
www.bpb.de
Daniel Kraft (verantwortlich)
Theresa Kramer

Redaktion von euro|topics
Chefredaktion: Thorsten Schilling

Redaktion der Bundeszentrale für politische Bildung
Martin Hetterich
Matthias Jung
Meike Sundermann

euro|topics ist ein Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Presseschau wird erstellt von n-ost Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung (Berlin).

Redaktion von n-ost, Berlin
Andreas Bock (Redaktionsleitung)
Klaus Heymach (Redakteur)
Juliane Matthey (Redakteurin)
Sarah Portner (Redakteurin)

Gesamtgestaltung
KonzeptQuartier® GmbH, Schwabacher Straße 261 90763 Fürth

Übersetzung der Presseschau, Englisch
John Lambert
Alison Waldie

Übersetzung der Presseschau, Französisch
Antoine Rossi
Marjolaine Cavalier

bpb:
Bundeszentrale für politische Bildung